Warum es keinen grünen Kapitalismus geben kann

LOTTA★
ORGANISIERT KÄMPFEN

Broschüre: „Warum es keinen grünen Kapitalismus geben kann“
2. Auflage: 150 Exemplare
Basel, 2020.

LOTTA. Organisiert Kämpfen
E-Mail: lotta@immerda.ch
Facebook: Organisiert Kämpfen

Die Umwelt, und damit unsere Lebensgrundlage, ist heute stark bedroht. Sei es durch den Klimawandel, den Verlust der Biodiversität oder die Verschmutzung von Wasser, Land und Luft. Als Folgen können extreme Wetterphänomene, Hunger, ein steigender Meeresspiegel oder vermehrte Konflikte entstehen. Oft wird dabei auf individuelle Konsumentscheidungen verwiesen, dass wir also weniger fliegen oder kürzer duschen sollen. Auch wenn wir alle unseren Lebenswandel anpassen müssen, so wird es keine individuellen Lösungen für gesamtgesellschaftliche Probleme geben.

Wenn wir unsere Lebensgrundlage erhalten wollen, dann brauchen wir ein klares Verständnis davon, was die Ursachen der Umweltzerstörung sind. Beim Umweltschutz steht nicht „die Natur“ im Zentrum, sondern die menschliche Gesellschaft: wie ist sie organisiert und wer entscheidet in ihr? Das ist natürlich eine politische und eine soziale Frage. Es gibt darin kein einfaches «alle zusammen am gleichen Strick ziehen», wie es oft geäussert wird. Politische Parteien und sogar Konzerne wollen sich als Teil der Klimaschutzbewegung in Szene setzen. Mal glaubwürdiger, mal völlig lächerlich. Doch ihnen allen ist gemein, dass sie (implizit oder explizit) einen “grünen Kapitalismus” bewerben. Im Folgenden wollen wir so knapp wie möglich aufzeigen, warum es einen grünen Kapitalismus niemals geben kann und welche strategischen Schlussfolgerungen wir daraus ziehen.

1. Warum gibt es keinen grünen Kapitalismus?

Permanente Produktion

Im Kapitalismus hat eine Minderheit – abgesichert durch den Staat – die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.[1] Diese besitzende Minderheit steht in gegenseitiger Konkurrenz und versucht den eigenen Profit stetig zu vergrössern. Ein radikaler Umbau der Wirtschaft ist nicht möglich solange sich diese unter Kontrolle von Konzernen und Privatpersonen befindet und diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung akzeptiert wird.

Die kapitalistische Wirtschaft ist zu permanenter Warenproduktion gezwungen - ansonsten kollabiert sie. Die Absatzmärkte müssen ausgedehnt werden, Waren müssen neu hergestellt werden (auch wenn die Alten noch nützlich wären) usw. Der Zweck der Produktion ist nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern die Verwertung von Kapital.[2] Deshalb kann der Heisshunger darauf, immer mehr Waren zu produzieren und immer mehr Ressourcen zu verschlingen, nicht gestoppt werden. Ob die Autoindustrie E-Autos herstellt oder Benziner: für sie zählt in erster Linie das Wachstum. Zum Beispiel ist eine Reduzierung der produzierten Abfälle nicht möglich, solange sich die Produktion am Profit statt am Bedürfnis orientiert. Werden die Zahlen des Ausstosses von Treibhausgasen in den letzten Jahrzehnten betrachtet, so ist 2009 (Wirtschaftskrise) das einzige Jahr, in welchem eine Abnahme gemessen wurde.

[1] D.h. die Mittel, die zur Produktion von Gütern notwendig sind, z.B. Gebäude, Maschinen, Boden oder Rohstoffe.
[2] Wenn für die Unmengen an Kapital, die im Umlauf sind, nicht genug Möglichkeiten vorhanden sind gewinnbringend investiert zu werden, entstehen schwere Wirtschaftskrisen.

Nationalstaaten

Die Nationalstaaten stehen in gegenseitiger Konkurrenz um den Zugang zu Absatzmärkten und Rohstoffen. Diese Konkurrenz hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft.[3] Die Regierungen der Nationalstaaten versuchen möglichst günstige Bedingungen für das Kapital zu schaffen.

So ist es beispielsweise für den «Standort Schweiz» wichtig, dass Profite, welche mit dem Natur-Raubbau in südlichen Kontinenten erwirtschaftet werden (wie z.B. durch die Firma Glencore), hier in der Schweiz in Firmenhauptsitzen und Bankkonten verwaltet werden. Und der Finanzplatz Schweiz verursacht beispielsweise mehr als zwanzigmal so viel Treibhausgasemissionen wie die ganze Schweiz.

Wir leben in einer geteilten Welt: Unternehmen und Staaten aus dem globalen Norden zerstören die Umwelt der Länder im globalen Süden[4] und ziehen die Profite in den Norden. Die Länder im Süden bauen so unter dem Einfluss von profitorientierten Unternehmen und Institutionen wie der Weltbank eine Exportindustrie auf, die einer differenzierten lokalen wirtschaftlichen Entwicklung im Weg steht und die Umwelt massiv belastet.

---

[3] Das können wir zum Beispiel an den sogenannten "Handelskriegen" zwischen den USA und China sehen oder an all den Kriegen um den Zugang zu Ölreserven.

[4] Die Begriffe „globaler Süden" bzw. „globaler Norden" sind nicht geographisch zu verstehen, sondern bezeichnen eine bestimmte Position in der globalisierten Welt. Die Länder des globalen Südens sind dabei von einer langen Geschichte kolonialer Ausbeutung und neokolonialer Abhängigkeiten geprägt.

Desweiteren überfluten grosse Agrarunternehmen aus dem globalen Norden den Markt mit subventionierten Billigprodukten und hemmen so eine ökologische und soziale kleinbäuerliche Lebensmittelproduktion.

Wenn die Regierungen der unterschiedlichen Nationalstaaten «Lösungen» für die Klimakrise versprechen, dann meinen sie real eine Abwälzung der Kosten auf weniger mächtige Länder oder auf die Lohnabhängigen im eigenen Land.[5]

[5] Beispiel: In Frankreich wurde letztes Jahr eine Benzinsteuererhöhung angekündigt, welche nur ärmere Schichten zu spüren bekommen hätten, während kurz zuvor die Steuern für Unternehmen gesenkt wurden. Unter dem Vorwand der Ökologie führte der französische Staat Klassenkampf von oben. Die Antwort der Bevölkerung mit der „Gilets Jaunes Bewegung" baute so viel Druck auf, dass Staatspräsident Macron die Reform zurücknehmen musste.

Konsumkultur

Ein Wirtschaftsmodell, das auf permanente Steigerung der Warenproduktion angewiesen ist, geht einher mit einer entsprechenden individualistischen Konsumkultur. In der heutigen Gesellschaft zählen Werte, welche einer nachhaltigen Lebensweise entgegenstehen. Denn die Art und Weise wie und welche Güter produziert, wie sie verwaltet und genutzt werden, ist immer auf die individuellen Käufer*innen ausgerichtet.

Mit einer gigantischen Kultur- und Werbeindustrie werden Bedürfnisse überhaupt erst geschaffen und normalisiert, die es sonst nicht geben würde. Fliegen zum Beispiel ist so attraktiv, weil Bilder und Geschichten von Ferien in weit entfernten Ländern so viel Aufmerksamkeit erhalten.

Identität wird über Waren ausgedrückt, was zum Beispiel dazu führt, dass so viele SUVs in den Strassen herumfahren, obwohl fast niemand solche Autos aus praktischen Gründen braucht. Durch die gleiche Kultur wird eine nachhaltige, gemeinschaftliche Nutzung von Flächen, Transportmitteln oder Gütern blockiert. Gegen den Kapitalismus zu sein bedeutet also auch für andere gesellschaftliche Werte zu kämpfen. Nur mit diesen können die nötigen tiefgründigen Veränderungen passieren.

2. Was sind strategische Konsequenzen?

Den Kämpfen gegen die Zerstörung der Umwelt liegt oft die Aussage zu Grunde, dass «wir alle» vom Klimawandel betroffen sind und deshalb alle gemeinsam etwas dagegen tun sollten.

Der Klimawandel wirkt sich global aus. Dennoch sind nicht alle Menschen von den negativen Folgen betroffen.[6] Und deshalb haben nicht alle ein Interesse daran, etwas am bestehenden System zu ändern. Als Klimabewegung müssen wir uns deshalb im Klaren darüber sein, wer potenzielle oder wichtige Verbündete sind, und wer auf der anderen Seite steht und uns bekämpfen wird.

[6] Einerseits ist der globale Norden bisher viel weniger stark von den Auswirkungen der Umweltzerstörung betroffen. Andererseits können sich reiche Menschen auch individuell viel besser vor dessen Auswirkungen abschirmen.

Konzerne und Chefs

Wenn wir beobachten, welche Menschen am stärksten von der Klimakrise betroffen sind und welche Menschen für sie verantwortlich sind, sehen wir ein klares Muster. Die reichsten Menschen verursachen (für ihren Profit) mit Abstand am meisten Umweltzerstörung[7], während ärmere Schichten die Folgen dieser Zerstörung zu spüren bekommen.

Wenn das Privateigentum und das systematische, endlose Streben nach Profit als zentrale Probleme ausgemacht sind: können wir dann noch einen gemeinsamen Weg mit Konzernchefs gehen? Nein. Eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft ist nur gegen die Interessen der Reichen und Besitzenden durchzusetzen.

Kapitalist*innen haben keinerlei Interesse auf die Ausbeutung der Natur und des Menschen zu verzichten, da ihr gesamter Reichtum darauf beruht.

[7] Die reichsten 10% verursachen 49% der Treibhausgasemissionen, während die ärmsten 50% nur für 10% der Treibhausgase verantwortlich ist. 71% der weltweiten CO2-Emissionen stammen von den 100 grössten Konzernen. 80-95% der Menschen haben noch nie ein Flugzeug bestiegen.

Staat und Parteien

Die Konkurrenz zwischen den Staaten verschärft sich und autoritäre Regierungen (wie Trump oder Bolsonaro) sind bereit den Konzerninteressen alles zu opfern: Arbeitsrechte, öffentliche Infrastruktur, Umweltschutz, etc. Viele setzen deshalb ihre Hoffnungen in andere, sozialere Parteien, welche die Welt vor den Auswirkungen des Kapitalismus schützen könnten. Diese Hoffnung drückt sich aus in Forderungen an alle politischen Parteien und in Aufrufen grüne Parlamentarier*innen zu wählen (siehe z.B. „klimablatt.ch“).

Das scheint zwar verständlich, führt uns aber nicht aus der Klimakrise. Stattdessen werden durch solche Forderungen die ausserparlamentarische Bewegung geschwächt, ihrer Energie und Radikalität beraubt und sie wird in ein System integriert, das wir ja letztlich eben ändern wollen. Die Politiker*innen können keinen radikalen Wandel bewirken, denn:

1. Der Staat ist nicht neutral, sondern er ist ein kapitalistischer Staat. Das heisst jeder Nationalstaat ist grundsätzlich dazu da, günstige Bedingungen für das Kapital zu schaffen. Parlamentarische Parteien ringen innerhalb dieses Staates um Mehrheitsverhältnisse und kämpfen um unterschiedliche Programme zur Verwendung der Steuereinnahmen.

2. Die politischen Parteien können deshalb bestenfalls kosmetische Veränderungen erreichen, aber nicht den Rahmen verändern. In der Vergangenheit haben wir bereits mehrfach sehen können, wie Parteien mit anfänglich radikalen Programmen antreten oder gar aus radikalen Bewegungen heraus entstehen. Jeweils nach kurzer Zeit hatten sich die zum Kapitalismus inkompatiblen Kanten abgeschliffen.[8]

Passen wir also auf, dass die kämpferischen Energien, die in letzter Zeit spürbar sind, nicht von Politiker*innen vereinnahmt werden. Sie können uns nicht vertreten! Deshalb „fordern" wir auch nichts von den Politiker*innen, sondern wollen uns selber organisieren und handeln. Was wir brauchen ist eine starke, kompromisslose ausserparlamentarische Bewegung. Damit diese aber nicht wirkungslos verpufft, muss sie nach Verbündeten und nach Hebeln der Veränderung suchen.

[8] Krasses Beispiel hierfür ist die Geschichte der deutschen Partei Die Grünen. Zu Beginn trat die Partei als radikal ökologische und pazifistische Alternative zu allen anderen Parteien an. Im Verlauf der Zeit wurde sie eine neoliberale Kriegspartei (aktive Unterstützung für Hartz-IV-Reformen und Bombardierung Ex-Jugoslawiens). Heute tritt sie für eine «ökologische Modernisierung» des kapitalistischen Wachstums ein.

Verbündete und Perspektiven

Anstatt nach jenen zu schielen, die wir gewohnt sind als Entscheidungsträger*innen zu sehen, sollten wir uns nach sinnvollen Verbündeten umsehen. Brücken zu schlagen, das ist immer leichter gesagt als getan. Dennoch könnte uns hierbei klare Ziele helfen:

1. Arbeiter*innen-Kämpfe: Wenn es darum geht, dass die Kosten des Klimawandels nicht nach unten abgewälzt werden, sondern im Gegenteil die Besitzverhältnisse in Frage gestellt werden – dann sind natürlich organisierte Kämpfe am Arbeitsplatz essentiell. Bereits jetzt solidarisieren sich Gewerkschaften mit der Klimabewegung. Doch diese Gewerkschaften sind heute meist Teil des nationalen Standortwettbewerbs. Ziel muss ein umfassender politischer Streik[9] sein!

2. Frauen*bewegung: Die Kämpfe gegen patriarchale Strukturen haben eine unglaubliche globale Dynamik entwickelt. Gleichzeitig sind Frauen* vor allem im globalen Süden direkter vom Klimawandel betroffen als Männer.[10] Das macht die Frauen*bewegung zu einer der zentralen Verbündeten der Umweltbewegung.

---

[9] Nicht ein symbolischer Streik, sondern die tatsächliche massenhafte Niederlegung der Arbeit (Strike For Future, 15. Mai 2020)

[10] Frauen* leisten den Grossteil der Sorgearbeit und sind überproportional in der Landwirtschaft vertreten. In beiden Bereichen werden Probleme wie Ernährungsunsicherheit oder Verschmutzungen zuerst spürbar.

3. Migrant*innen/Bleiberechtsbewegung: Schon heute sind die Auswirkungen des Klimawandels vor allem im globalen Süden eine existenzielle Bedrohung. Millionen Menschen sind aufgrund des Klimawandels zur Flucht gezwungen.[11] Eine stärkere Zusammenarbeit und klare antirassistische Positionierung der Umweltbewegung ist in diesem Kontext unerlässlich.

4. Radikale Bewegungen aus dem Süden: Angesichts der globalen Ausbeutungsverhältnisse braucht es einen engen Kontakt zu Bewegungen an anderen Orten auf der Welt. Zu nennen wären etwa die chilenische Bewegung gegen Neoliberalismus oder die kurdisch-türkische Linke und deren revolutionäres Projekt Rojava.[12]

Eine engere Zusammenarbeit würde hier zu einer gegenseitigen Stärkung führen. Nicht nur vom Umfang her, sondern auch auf einer inhaltlichen Ebene. Die unterschiedlichen Formen von Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen sind ineinander verschränkt und verstärken sich teilweise gegenseitig. Deshalb muss eine radikale Bewegung die unterschiedlichen Kämpfe zusammenführen.

[11] Laut Schätzungen werden in 50 Jahren zwischen 250 Millionen und einer Milliarde Menschen wegen des Klimawandels auf der Flucht sein.

[12] In der mehrheitlich kurdischen Region in Nordsyrien versucht die Bevölkerung trotz den Bedingungen von Krieg und Embargo eine ökologische, anti-patriarchale und demokratische Revolution umzusetzen. Die kurdisch-türkische Bewegung ist auch in der Schweiz eine ansprechbare und aktive politische Kraft.

Durch gemeinsame Aktionsformen wie Demos, Blockaden, Streiks oder medienwirksamen Aktionen müssen wir den Widerstand intensivieren, denn die Zeit drängt. Wir werden uns nicht mit kleinen Erfolgen zufriedengeben, denn um den Klimawandel aufzuhalten braucht es radikale Veränderungen. Wir halten es aber für sinnvoll Ziele zu haben, die im Tageskampf die Richtung unseres Kampfes aufzeigen und uns mehr motivieren.

Soziale Revolution statt Reformen

Die einzige Möglichkeit, unsere Lebensgrundlage zu erhalten, ist also ein radikaler gesellschaftlicher Umbruch. Die Wirtschaft muss den Interessen der privaten Bereicherung entzogen werden. In einem revolutionären Prozess müssen neue, basisdemokratische Strukturen in der Gesellschaft geschaffen werden, welche sich um die Fragen einer nachhaltigen und sozial gerechten Produktion kümmern können.

Das ist die Bedingung, um die Zerstörung unserer Umwelt aufzuhalten. Sie mag in sehr weiter Ferne liegen, aber es gibt keine Abkürzung. Deshalb müssen wir jetzt anfangen eine starke antikapitalistische Bewegung aufzubauen und die Perspektive einer anderen, solidarischen und ökologischen Gesellschaftsform zu verbreiten.

Wir müssen das Unmögliche versuchen!
Klima schützen heisst Kapitalismus überwinden.

Revolution statt Reformen